

Ablauf G20-Camp Altona:

Das von Attac, dem Verein Comm e.V und einem Mitglied der Bezirksfraktion der Linken in Altona angemeldete Camp im Volkspark Altona war vom 1. bis 9. Juli 2017 geplant. Der Aufbau sollte am 28. Juni beginnen und der Abbau bis 14. Juli dauern. Das Camp sollte ausdrücklich einer friedlichen kollektiven Meinungsäußerung abseits der Versammlungsverbotzone dienen, um den gemeinsamen Protest gegen das Gipfeltreffen und die dort verhandelten Themen auszudrücken.

Dafür hatten die Organisator*innen am 13. Mai 2017 zunächst eine Sondernutzungserlaubnis beim Bezirksamt Altona für die große Wiese im Volkspark Altona beantragt. Dieses Verfahren wurde von der Polizei und dem Bezirksamt Altona boykottiert und verzögert. Erst Wochen später, am 14. Juni, erhielten die Kläger ohne voriges „Kooperationsgespräch“ einen Ablehnungsbescheid. Alternativflächen wurden nicht angeboten und nicht besprochen.

Danach meldeten Attac und die Mitkläger das Protestcamp ausdrücklich als Dauerversammlung an. Die Versammlungsbehörde verhielt sich erneut hinhaltend: Sie lehnte die Versammlungseigenschaft und den Schutz des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit (Art 8 Grundgesetz) für das Protestcamp ab, ohne einen Bescheid zu erteilen, so dass die Kläger de facto rechtsschutzlos wurden. Eine Versammlungsbestätigung erfolgte erst in der Nacht vom 30. Juni auf den 1. Juli, derzufolge das Camp am 1. Juli mittags aufgebaut werden durfte, also mit drei Tagen Zeitverzögerung. Erlaubt wurden lediglich ein Küchenzelt für Selbstversorger sowie Funktions- und Themenzelte, keine Schlafzelte.

Am 3. Juli meldete der TV-Koch Ole Plogstedt aus Protest gegen die Camp-Verbote ein „Sleep-in“ mit 250 Schlafzelten auf dem Gelände des Protestcamps an. Die Stadt verweigerte weiterhin jegliches Schlafen, weitere Zelte, gemeinschaftliche Kochstellen und damit auch die besondere Protestform des „Sleep in“.

Erst am 5. Juli wurden 300 Schlafzelte, eine Küche und zwei Waschzelte zusätzlich erlaubt. Diese 300 Schlafzelte waren am Abend aufgebaut und belegt. Bemühungen um die weitere Lockerung der Beschränkung von Schlafzelten in Kooperation mit der Beklagten blieben erfolglos.

Unterstützt wurde das Camp von einem breiten Bündnis, zu dem Attac, der Verein Comm e.V., der Landesjugendring Hamburg, der Motorradclub Kuhle Wampe, Die Falken, Studierendenverbände, DIEM 25, das Befreiungstheologische Netzwerk, die Linksjugend Solid, das Bündnis Jugend gegen G20, das Bündnis G20 Entern und die Interventionistische Linke gehörten.